

Exklusiv-Interview mit Rezzo Schlauch MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit

Herr Staatssekretär, am 20. September 2004 haben Sie in Berlin die Internationale Konferenz „Wissensbilanz – Made in Germany“ eröffnet. Globalisierung, Technologisierung und veränderte Produktionszyklen stellen heute viele Unternehmen vor neue Herausforderungen. Brauchen wir neue Instrumente, die die Beurteilung des Werts und des Erfolgspotenzials eines Unternehmens erfasst? Welche Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang der Erstellung einer Wissensbilanz zu?

Rezzo Schlauch: Die traditionellen Kennzahlen der Bilanz oder Gewinn- und Verlustrechnung sind in der Tat nicht ausreichend, um einen Einblick in den „wahren Wert“ und das Erfolgspotenzial eines Unternehmens zu bekommen. Das Bilanzrecht in seiner heutigen Form ist trotz aller Anpassungen der letzten Jahre immer noch geprägt von der Zeit seiner Entstehung, die in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts zurückreicht. Damals waren Grundstücke, Gebäude, Produktionsanlagen und Vorräte die entscheidenden Produktionsfaktoren und Werttreiber. In den letzten Jahren hat sich aber mit dem Wechsel von der Industrie- zur Wissensgesellschaft ein grundlegender Wandel hin zur zunehmenden Bedeutung immaterieller Vermögensgegenstände vollzogen. Einsatzfreudige Mitarbeiter mit hervorragenden Fachkenntnissen, ein treuer Kundenstamm, das Vorhandensein von Patenten und anderen Schutzrechten, eine ausgeklügelte Prozessorganisation oder ein bekannter Markenname – all das sind in der heutigen Zeit Aktivposten, die in den Bilanzen eines Unternehmens nicht auftau-

chen, die aber dennoch den Unternehmenserfolg entscheidend beeinflussen und die mehr über das Erfolgspotenzial und die Zukunftsfähigkeit eines Unternehmens aussagen als z. B. der Wert des Anlagevermögens.



Rezzo Schlauch MdB

Die Wissensbilanz hilft, diese immateriellen Vermögenswerte transparent zu machen und zu bewerten. Das ist nicht nur wichtig, um knappe Wissensressourcen im Unternehmen möglichst effektiv und gewinnbringend einzusetzen. Mit einer greifbaren Aufstellung ihres Know-Hows in Form einer Wissensbilanz kann sich eine Firma auch nach außen viel besser präsentieren, z. B. gegenüber Kunden, Geschäftspartnern und natürlich auch Kapitalgebern.

Ist eine gemeinsame Anstrengung von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik sinnvoll, die Bilanzierung des Intellektuellen Kapitals zu harmonisieren und möglicherweise auch gemeinsame Standards zu schaffen?

Rezzo Schlauch: Sie sprechen hier ein wichtiges Thema an, das bei vielen Teilnehmern unserer Kon-

ferenz „Wissensbilanz – Made in Germany“ ganz oben auf der Wunschliste für weitere Aktivitäten stand. Ziel einer solchen Harmonisierung bzw. Standardisierung könnte zum Beispiel eine bessere Vergleichbarkeit von Wissensbilanzen sein. Das würde nicht nur den Unternehmen helfen, sich im Sinne eines „Benchmarking“ mit anderen Unternehmen zu vergleichen. Auch die Banken, die nach den neuen Kreditvergaberichtlinien des Basel II-Abkommens die Kreditrisiken ihrer Kunden zu bewerten haben, würden von harmonisierten Regeln für die Erstellung von Wissensbilanzen profitieren. Bis dahin ist es aber noch ein weiter Weg. Zunächst einmal kommt es darauf an, die Wissensbilanz vor allem im Mittelstand breiter bekannt zu machen und weitere praktische Erfahrungen mit diesem Instrument zu sammeln. Mein Ministerium wird sich hier weiter engagieren. Die aus einer breiteren Anwendung der Wissensbilanz abgeleiteten Erkenntnisse können dann in eine gemeinsame Anstrengung von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik münden, die Bilanzierung des Intellektuellen Kapitals zu harmonisieren. Am Ende des Prozesses könnte dann beispielsweise eine „Richtlinie“ zur Wissensbilanzierung stehen, die – ähnlich den Standards des Qualitätsmanagements – Kriterien für eine „gute“ und aussagefähige Wissensbilanz definiert.

Ich möchte aber an dieser Stelle betonen, dass es zunächst einmal Aufgabe der Wirtschaft selbst ist, gemeinsame Grundlagen und Regeln der Wissensbilanzierung zu entwickeln. Hierbei kommt insbe-

sondere den Banken, den Wirtschaftsverbänden sowie Controlling- und Rechnungslegungsgremien eine entscheidende Bedeutung zu.

Welche Instrumente würden Sie für nötig erachten, um die Ergebnisse der Konferenz „Wissensbilanz – Made in Germany“ weiter für Unternehmen und Dienstleistungsinstitutionen nutzbar zu machen?

Rezzo Schlauch: Selten habe ich ein solches Interesse an einer Konferenz erlebt. Es ist mir daher auch ein persönliches Anliegen, dass wir die dort gewonnenen Erkenntnisse möglichst vielen Unternehmen zugänglich machen. Hierzu haben wir in meinem Haus verschiedene Maßnahmen ergriffen. So findet sich gegenwärtig eine Sammlung und Aufbereitung von gelungenen Anwendungsbeispielen für Wissensmanagement im Mittelstand und im Handwerk in Vorbereitung. Ferner stellen wir allen interessierten Unternehmen den Leitfaden zur Erstellung von Wissensbilanzen zur Verfügung, den wir anlässlich unserer Konferenz vorgestellt haben. Darüber hinaus planen wir verschiedene „Awareness“-Veranstaltungen unter Einbeziehung von Multiplikatoren wie den Kammern, Wirtschaftsverbänden oder unseren Kompetenzzentren für den elektronischen Geschäftsverkehr, die dann ihrerseits wieder auf Unternehmen zugehen und für die Wissensbilanz werben. Um diesem jungen Thema aber nachhaltigen Schub zu verleihen, halte ich auch die inhaltliche Weiterentwicklung der Wissensbilanzierung für erforderlich, etwa in Form neuer Pilotprojekte und den verstärkten Erfahrungsaustausch mit nationalen und internationalen Experten.

Die Wettbewerbsbedingungen für den deutschen Mittelstand verschärfen sich gerade auch mit Erweiterung der EU. Welche Rahmenbedingungen für die kleinen und mittleren Unternehmen müssen

ten Ihrer Meinung nach am dringendsten verändert werden, um die Wettbewerbschancen für den deutschen Mittelstand im europäischen Kontext zu verbessern?

Rezzo Schlauch: Ich bin davon überzeugt, dass sich die Erweiterung insgesamt als vorteilhaft für den deutschen Mittelstand erweisen wird. Ich komme bekanntlich aus dem Süden Deutschlands, wo wir schon über mehrere Jahrzehnte erleben konnten, wie sich die Zusammenarbeit mit anderen Ländern schrittweise verstärkt hat und Unternehmen diesseits und jenseits der Grenze davon profitiert haben. Entscheidend wird sein, ob es unseren kleinen und mittleren Unternehmen gelingt, den zusätzlichen Bedarf der neuen EU-Länder in Wachstumsimpulse zu verwandeln bzw. neuen Wettbewerbern zu begegnen.

Natürlich sehe ich auch die Politik in der Pflicht, für Rahmenbedingungen zu sorgen, die den Unternehmen die Anpassung an das erweiterte Europa erleichtern. Zur Verbesserung der Standortbedingungen vor Ort tragen insbesondere die Senkung der Lohnnebenkosten und die Reformen am Arbeitsmarkt, aber auch die umfangreichen steuerlichen Entlastungen seit dem Jahre 2000 bei. Klar ist für mich, dass Deutschland den Wettlauf um die niedrigsten Löhne gegen die Beitrittsländer nicht gewinnen kann und, ich betone, auch nicht gewinnen will! Deshalb gilt unser besonderer Augenmerk denjenigen Bereichen, in denen Deutschland einen Vorteil hat, etwa den bildungs- und technologieintensiven Sektoren.

Welche Projekte beim Abbau von Bürokratie würden Sie als absolute Priorität benennen, oder anders herum, wo müsste die Entbürokratisierung gerade im Interesse des Mittelstands an Tempo zulegen?

Rezzo Schlauch: Mit der „Initiative Bürokratieabbau“ konzentrieren

wir uns schon auf fünf strategische Handlungsfelder, die für die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland und die Entlastung der Bürger besonders wichtig sind, z. B. Arbeitsmarkt und Selbstständigkeit, Wirtschaft und Mittelstand oder Forschung und Technologie. Von den bereits 74 konkreten Projekten zum Bürokratieabbau sind allein 11 aus dem Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit. Die überwiegende Anzahl der Vorhaben ist insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen relevant.

Einige Beispiele dafür sind die Abschaffung des Ausbildereignungsnachweises, die Reformierung der Arbeitsstättenverordnung, die Verschiebung der Handwerkszählung oder aber die Modernisierung der Handwerksordnung. So können fast alle Handwerkskammern für das erste Quartal 2004 eine erhebliche Zunahme der Eintragungen vermerken. In diesem Zeitraum wurden in einzelnen Gewerken bereits mehr Selbständige eingetragen als während des gesamten Vorjahres. Weiteren Handlungsbedarf sehe ich noch bei den staatlichen Gebührenordnungen oder dem Vergaberecht.

Bürokratieabbau ist aber nicht nur eine Sache der Bundesregierung, sondern auch der Länder, der Kommunen und – was gerne übersehen wird – der Wirtschaft selbst. Eine durchgreifende Entbürokratisierung ist nur möglich, wenn man bereit ist, über mehr Flexibilität und Eigenverantwortung nachzudenken. Wir brauchen weniger Einzelfallgerechtigkeit in Gesetzen und eine Neuverteilung der Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern. Was mir als noch wichtiger erscheint, ist jedoch die Frage, ob wir als Gesellschaft fähig und bereit sind, unsere Partikularinteressen aufzugeben. Denn Bürokratieabbau ist nicht Sache des Staates allein, sondern eine Entscheidung aller!

Das Interview führte Jürgen Klocke